

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS – Drucksache 14/6267 –

Ausländerfeindliche und rechtsextremistische Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland im Mai 2001

Im Mai 2001 setzten sich die ausländerfeindlichen und rechtsextremen Ausschreitungen in der Bundesrepublik Deutschland fort.

1. Welche rechtsextremistische Aktivitäten (Demonstrationen, Fälle von Landfriedensbruch und schwerem Landfriedensbruch, Überfälle, Anschläge usw.)
 - a) gegen in der Bundesrepublik Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer und
 - b) gegen andere hier lebende Personensind der Bundesregierung im Mai 2001 bekannt geworden (mit der Bitte um genaue Auflistung nach Bundesländern und Straftaten)?
2. Wie viele Tatverdächtige wurden wegen rechtsextremistischer und rassistischer Übergriffe, Ausschreitungen, Überfälle usw. im Monat Mai 2001 festgenommen (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
3. Wie viele Ermittlungsverfahren liefen gegen Rechtsextremisten wegen der Anschläge im Mai 2001 (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
4. In wie vielen Fällen wurde Untersuchungshaft verhängt (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?
5. In wie vielen Fällen wurden die Ermittlungen eingestellt (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?
6. Wie viele Rechtsextremisten wurden im Mai 2001 wegen Anschlägen, Übergriffen, Zusammenrottung, Volksverhetzung usw. zu welchen Strafen verurteilt (bitte nach Ländern und Straftaten aufschlüsseln)?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 29. Juni 2001 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

7. Wie viele Personen wurden durch diese rechtsextremen Anschläge, Überfälle im Mai 2001
- a) leicht verletzt
 - b) schwer verletzt
 - c) getötet
- (bitte nach Ländern aufschlüsseln)?

Die Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder hat sich im Rahmen ihrer Sitzung vom 9./10. Mai 2001 auf die Modalitäten des neuen Meldedienstes „politisch motivierte Kriminalität“ und dessen rückwirkende Einführung zum 1. Januar 2001 verständigt.

Die Umsetzung dieses Beschlusses ist noch nicht abgeschlossen. In Kürze werden die Daten für das 1. Quartal 2001 in einem ersten bundesweiten Lagebild „politisch motivierte Kriminalität“ zusammengestellt und veröffentlicht werden. Ein belastbarer Datenbestand für Mai 2001 liegt derzeit hingegen noch nicht vor.